

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Köln bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Karl Wolff, Kadenstraße 10, 11, 12.
G. J. Damm & Co., Zentrale.
Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Teil:
F. Hachfeld, für den übrigen
redaktionellen Teil: E. R.
Lohschner, beide in Köln.

Mittag-Ausgabe.

Pöfener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Köln bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Karl Wolff, Kadenstraße 10, 11, 12.
G. J. Damm & Co., Zentrale.
Verantwortlich für den
Inseratenteil:
F. Hachfeld in Pöfen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 25

Donnerstag, 11. Januar.

1894

Deutscher Reichstag.

23. Sitzung vom 10. Januar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die in der 16. Sitzung vor Weihnachten abgebrochene Beratung des Antrages Altbüchler (Cr.) und Genossen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über Revision des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, sowie einer Novelle zu den Unfallversicherungs-Gesetzen und des Antrages v. Staudy und Steppuhn (Df.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes behufs Vereinfachung der Verwaltung, insbesondere gegenüber dem Markensystem, wird fortgesetzt.

Abg. Singer (S.-D.): Wir werden gegen die Anträge stimmen, soweit sie sich auf die Invaliditätsversicherung beziehen. Aber das geschieht nicht aus dem Grunde, weil wir etwa das Invaliditätsversicherungsgesetz nicht für verbesserungsbedürftig halten. Wir haben j. B. gegen das Gesetz gestimmt, weil es den Arbeitern zu wenig gab, ein Betrag, und somit nur eine Verbesserung der Armenpflege stattfand; wir haben auch dagegen gestimmt, weil die Organisation keine centralisirte war. Der Gedanke des Gesetzes ist uns aber durchaus sympathisch. Wenn jetzt Klagen aus dem Unternehmertum kommen über die Lasten, so beweist das nur, daß diese Kreise sich den Gedanken des Gesetzes noch nicht angeeignet haben. Weit entfernt, die Wirksamkeit des Gesetzes zu beschränken, wollen wir sie vielmehr erweitern, namentlich den Versicherten höhere Bezüge gewähren. In der früheren Beratung der Anträge wurde die Einführung von Quittungsbüchern statt Quittungskarten befürwortet. Das wäre ein bedenklicher Schritt; denn dem Unternehmertum wäre dadurch die Möglichkeit des Verrufs von Arbeitern in noch höherem Grade als bisher gegeben. Als Herr v. Staudy alle Arbeiter der Wohlthat des Gesetzes theilhaftig machen wollte, wenn nicht der Beweis erbracht wird, daß sie nicht gearbeitet haben, meinte der Staatssekretär, man dürfe den „faulen“ Arbeitern keine Wohlthat gewähren. Diese Ausführung des Staatssekretärs schlägt den tatsächlichen Verhältnissen ins Gesicht. Es giebt keine faulen Arbeiter, sondern nur arbeitslose, und die Arbeitslosigkeit ist lebhaft eine Folge der gegenwärtigen Produktionsweise. Die Unternehmer setzen von Zeit zu Zeit zahlreiche Arbeiter außer Brot, und der Staat als Unternehmer macht es nicht anders. Das Verhalten der Behörden beim Streik im Saarrevier, auch die „schwarzen Listen“ des Unternehmertums schaffen „faule“ Arbeiter. Der Staatssekretär braucht auch nicht weit zu gehen, um zu erfahren, wie man faule Arbeiter macht. Er denke nur an die 50 000 Arbeiter, die durch das Tabaksteuergesetz brotlos werden. Wie sehr die „schwarzen Listen“, die Verrücktheiten des Vorstandes der Gruben bei Senftenberg, worin 70 Arbeiter der Grube „Alte“ namhaft gemacht wurden, die entlassen wurden, weil sie Sozialdemokraten sind, und es wurde ferner eine Anzahl von Verdächtigen namhaft gemacht, die man noch nicht entlassen hatte, angeblich aus Humanität. Die einzelnen Gruben werden aufgefordert, keine dieser Arbeiter aufzunehmen. (Präsident v. Levetzow bittet den Redner, zur Sache zu kommen.) Das Schriftstück schließt mit den Worten, daß die „schwarze Liste“ Wunder gewirkt habe, indem die Arbeiter bereits sehr willfährig geworden seien. Die soziale Gesetzgebung hat die Gemeinden durchaus nicht in der Weise belastet, wie das in der früheren Beratung geschildert ist. Abg. Altbüchler verlangt die Zulassung freiwilliger Versicherung anstatt der obligatorischen. Bei den Klagen des Unternehmertums gegenüber den sozialen Gesetzen ist es nicht wahrscheinlich, daß die freiwillige Versicherung in landwirtschaftlichen Kreisen Boden findet. Bei der liegen die Verhältnisse bei uns so, daß jede Maßregel zu Gunsten der Arbeiter erst Vertretern des Besitzes im Parlament mühsam abgerungen werden muß. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung ist der Furcht vor der Sozialdemokratie zu verdanken. Wenn es wahr ist, was Dr. Sigl gesagt hat, daß die aristokratischen Abgeordneten des bayerischen Centrums nicht wieder gewählt worden sind, weil sie für das Invaliditätsversicherungsgesetz gestimmt haben, so würden wir am liebsten noch ein solches Gesetz zustande bringen, damit dieser Theil der Abgeordneten des Centrums überhaupt aus dem Reichstag verschwände. Wir haben den Sturm, der namentlich in Süddeutschland, auch von den Freisinnigen, gegen das Gesetz in'stand gesetzt worden ist, nicht mitgemacht. Wir sind die letzten, die Ursache haben, die mühsam errungenen Ansätze auf diesem Gebiete preiszugeben, weil die Unternehmer angeblich zu stark belastet sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Böttcher (nl.): Niemand von Denjenigen, die j. B. den Sprung ins Dunkle thaten, als sie das Alters- und Invalidengesetz annahmen, war im Zweifel darüber, daß vielfache Klagen gegen das Gesetz kommen würden. Daß aber der Sturm gegen das Gesetz nicht allzu ernst genommen werden darf, zeigen die Voten auf den Wänden des Hauses bei der heutigen Verhandlung. Es wird auch von keiner Seite mehr die Aufhebung des Gesetzes verlangt. Wir werden uns also leicht über die Art und Weise einer zweckmäßigen Abänderung, für die mir freilich noch nicht die Zeit gekommen zu sein scheint, einigen. Die Wohlthaten, die das Gesetz den Arbeitern bietet, darf man auch den landwirtschaftlichen Arbeitern nicht verweigern. Auf dem Wege der Freiwilligkeit wird den Arbeitern nicht geholfen werden können, auch die bayerischen Arbeitgeber werden nicht zu freiwilligen Leistungen geneigt sein. Es liegt im Interesse der Landwirtschaft, daß den landwirtschaftlichen Arbeitern diese Fürsorge zuteil wird, wie den industriellen. Geht das nicht, so wird der Zustrom der landwirtschaftlichen Arbeiter nach den Industriezentren noch steigen. Das Gesetz ist hervorgegangen aus dem Gefühl, daß der Staat zu solchen sozialen Maßnahmen verpflichtet ist. Ich hoffe, daß in Zukunft das deutsche Volk und die Volksvertretung sich mit dem Gedanken dieses Gesetzes immer mehr erfüllen und verböhnen werden. Die Nationalliberalen haben die Bedeutung des Gesetzes gleich bei seinem Einbringen erkannt und sie haben ihr Wohlwollen

gegen die Arbeiter gezeigt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) So optimistische Auffassungen über die Arbeitslast des Arbeiters wie Abg. Singer habe ich aber nicht. Die Arbeiter-Entlassungen haben auch nicht in dem Maße stattgefunden, wie der Vorredner es behauptet hat. (Zurufe und Widerspruch der Sozialdemokraten.)

Abg. Köstke (wiltb.): Keiner von denen, die bisher die Mängel des Gesetzes betont haben, hat die Abschaffung des Gesetzes verlangt. An seinen Grundgedanken muß festgehalten werden. Wenn in Wahlversammlungen die Kandidaten häufig über ihre Stellungnahme zum Gesetz interpelliert worden sind, so hat die Fragestellung immer gezeigt, daß die Fragesteller wenig vom Gesetz wußten. Auch Abg. Sigl hat mit seinen Ausführungen hier im Hause zwar große Heiterkeit erregt, aber auch bewiesen, daß er das Gesetz nicht studirt hat. Bei den Klagen handelt es sich gewöhnlich darum, daß der eine Theil nicht zahlen will, der andere Theil nicht genug bekommen kann. Klagen kommen auch meist von der Landwirtschaft, aus der Industrie habe ich selten Klagen gehört. So klagt ein Weber, er beschäftige 300 bis 325 Arbeiter und zahle für dieselben an Versicherungsbeiträgen 1500 Prozent seiner Einkommensteuer. Da sollte doch einmal die Steuerbehörde nachsehen, ob der Mann nicht zu wenig Steuern bezahlt. (Rufe rechts: Schulden!) Wenn man jedem Arbeitsunfähigen eine Rente ohne Rücksicht auf seine frühere Beschäftigung geben wollte, dann würden die Prozesse ins Ungemessene wachsen. Wenn Herr v. Staudy über die Höhe der Verwaltungskosten klagte, so hat er übersehen, daß naturgemäß die Renten stetig steigen, während die Verwaltungskosten von einem gewissen Zeitpunkt an gleich bleiben. Wünschenswerth ist bezüglich des Markensystems, daß Marken angefertigt werden für Wochen, Monate, Jahre, so daß für den Arbeitnehmer, der längere Zeit auf einer Stelle arbeitet, eine Vereinfachung eintreten kann. Ein Gesetz mit einem so komplizierten Mechanismus sollte nicht schon nach drei Jahren geändert werden, man sollte wenigstens fünf Jahre warten. Auch die vom Abg. Altbüchler gewünschten Erhebungen sind überflüssig, an Material fehlt es Niemandem. Bei der Unfallversicherung wünschen die Arbeiter hauptsächlich Theilnahme an der Verwaltung. Außerdem könnte das Meldewesen vereinfacht und die Schließgerichte vermindert werden. Hoffentlich wird in der versprochenen Novelle von der Regierung dies berücksichtigt werden.

Abg. Richter (Zf.). Vereinerung: So sehr ich selbst auch eine Abänderung des Gesetzes wünsche, so sehr halte ich es doch für eine Herabdrückung des Reichstages, wenn hier nur ganz allgemeine Forderungen gestellt werden. Man verlangt „Erhebungen“. Es müßten doch bestimmte Punkte angegeben werden, z. B. Erhebungen darüber, wie viel Leute keine Marken eingeliefert haben, ferner über den Einfluß des Gesetzes auf die Armenpflege. Namentlich bezüglich des letzteren Punktes würde ich beim Staatssekretär anfragen, ob er uns Material geben könnte. Der Magistrats-Assessor Freund in Berlin kam in einer darüber angestellten Untersuchung zu dem Resultat, daß die Berliner Armenlisten nur durch das Krankenversicherungsgesetz verringert worden sind, durch die übrigen sozialpolitischen Gesetze nicht. Abg. Köstke freut sich, daß niemand eine Aufhebung des Gesetzes beantragt hat. Das wäre doch ein natüres Verlangen gewesen gegenüber der Majorität für das Gesetz und der bestimmten Erklärung der Regierung, daran festhalten zu wollen. Den Vorwurf allerdings muß ich zurückweisen, daß die Erregung gegen das Gesetz eine künstliche ist. Sie kommt aus der Bevölkerung selbst. Ein Herumdoktorieren an dem Gesetze nützt nichts, wenn man nicht an den Grundlagen des Gesetzes ändern will, und Herr v. Staudy schenkt dieses ja auch anzuwenden. Mit seinen Forderungen, die Wohlthat des Gesetzes ohne den Nachweis der Arbeitsleistung allen Arbeitern zugänglich zu machen, kommt er dem Sozialismus nahe. Die ganze Tendenz der Forderungen, das Markensystem zu ändern, die Lohnklassen zu beseitigen, geht darauf hinaus, die Lasten auf den Staat ganz zuwälzen. Die Konservativen wollen sich jetzt von der Mitarbeit an dem Gesetze zurückziehen, aber Sie sind mitverantwortlich dafür, Sie haben dafür gestimmt mit wenigen Ausnahmen. Jetzt möchten Sie den Nationalliberalen die Verantwortung in die Schuhe schieben. Aber die Konservativen sind es gewesen, die zum Theil gegen ihre eigene Ueberzeugung ihr Votum für das Gesetz abgegeben haben. Das nennt man konservative Politik. Wenn dann die Unzufriedenheit in die Bevölkerung kommt, mehr Unzufriedenheit, als durch die Handelsverträge erregt ist, dann macht man Volks-Versammlungen, dann bringt man dem Fürsten Bismarck ein Hurrah, und dem Grafen Caprivi, der ganz unschuldig ist (Lachen rechts), macht man Vorwürfe.

Abg. Richter (Zf. Bp.): Es ist charakteristisch, daß gerade von denjenigen Seiten, die für die Annahme des Gesetzes seiner Zeit ausschlaggebend waren, jetzt die Initiative ergriffen wird zu Anträgen für Abänderung desselben, nämlich von der konservativen Seite und dem bayerischen Flügel der Centrumpartei. Es ist von Petitionen mit 272 000 Unterschriften aus dem rechtsrheinischen Bayern die Rede gewesen. Die Unzufriedenheit mit dem Gesetz beschränkt sich eben nicht nur auf Arbeitgeber, sondern erstreckt sich auch auf weite Kreise der Arbeitnehmer. Wenn der Abg. Böttcher meint, daß die geringe Theilnahme bei diesen Verhandlungen nichts von künftiger Unzufriedenheit erkennen lasse, so kann ich nur erwidern: bei Anträgen von so formaler Natur konnte man keine Entscheidung in der Sache selbst erwarten. Wir sollen das Gesetz nicht ändern, wird gesagt, weil wir noch im Anfange stehen. Die Schwierigkeiten aus dem Gesetze werden aber immer größer werden. Ein Haupttheil der Schwierigkeiten wird erst beginnen, wenn die Invalidenrenten in großem Maße erhoben werden. Die Feststellung der Renten, die Kontrolle darüber, ob die Invalidität fortdauert, wird schwieriger werden, je größer die Zahl der zu Renten berechtigten Personen wird. Dazu kommen Nachtheile, welche in der Entziehung der Kapitalien durch Aufsperrung bei den Versicherungsanstalten liegen. Diese werden sich im Laufe der Jahre ebenfalls steigern. Auch das Umlageverfahren läßt sich nicht einführen, weil das eine Uebertragung der Lasten auf die Zukunft bedeutet. Der Staatssekretär hat in der früheren Sitzung die Unzufriedenheit auf Außerachtlassen, auf die Ausführungsmodalitäten zurückgeführt, die man leicht abstellen kann. In meinen Augen liegt die Unzufriedenheit in dem Kern der Sache. Man stellt es so dar,

als ob das Markensystem etwas Zufälliges wäre, als ob man es abschaffen könnte, ohne das Wesen des Gesetzes zu ändern. Das Markensystem ist nach meiner Auffassung einfach die Form, in der das Prinzip von Leistung und Gegenleistung zum Ausdruck kommt. Ich kann mir kein anderes System denken, in dem dieses Prinzip so einfach und fest zum Ausdruck käme, und so un bequem es ist, so ist es doch nur eine Konsequenz jenes Prinzips. Man hat nun den Vorschlag gemacht, die Beweisführung für die Rentenberechtigung aufzuheben, d. h. daß der Rentenantrag nur abgeprochen werden kann, wenn der Gegenbeweis geliefert ist, daß die betr. Person nicht gearbeitet oder im Zucht haus gefesselt hat. Das wäre der Anfang der Aufhebung des Prinzips von Leistung und Gegenleistung. Es handelt sich nicht bloß um den Beweis, daß jemand gearbeitet hat, sondern darum, daß er als Arbeitnehmer gearbeitet hat. Und wie will er ohne Marke beweisen, daß wenn er heute Arbeitnehmer ist, es auch während der ganzen Zeit seines Lebens gewesen ist? Das Verhältnis wechselt ja häufig. Es giebt versicherungspflichtige Personen, die zugleich Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind. Wie die Beiträge erhoben werden sollen ohne Einleitung der Marken, das hält sich ganz in Dunkel, und alles läuft darauf hinaus: Das Reich und der Staat sollen die Lasten tragen. Was würde das für die Landwirtschaft bedeuten? In meinen Augen bedeutet der Zuschuß des Staates einen Zusatz zum Arbeitslohn. In dem Maße, wie der Reichszuschuß vergrößert wird, entsteht ein vermehrter Zuschuß zum Arbeitslohn aus den Taschen der Steuerzahler. Das ist dasselbe, wie wenn man einen Zuschuß zur Grundrente durch Schutzzölle, einen Zuschuß zur Schulden tilgung durch Münzverschlechterung verlangt. Man beklagt es, daß der „Millionär“ nicht zu dem Gesetze beiträgt. Wenn er keinen Nutzen aus der Beschäftigung von Arbeitern hat, besteht doch keine Verpflichtung, ihn zu den Lasten heranzuziehen. Wenn man dem Reichszuschuß erhöhen will, wie kommt man dazu, bloß dem Arbeitnehmer etwas zuzuschlagen? Es giebt viele kleine Arbeitgeber, die sich sozial in viel schlechterer Lage befinden, als die höchsten Lohnklassen der Arbeitnehmer. Die Konsequenz der Vorschläge von der Rechten führt überhaupt zu einer Staats- und Reichsversorgung im Alter und bei Invalidität, und wenn man einmal soweit ist, ist kein Grund einzusehen, warum nicht auch von Reichswegen Wittwen und Waisen zu versorgen sind und die Sorge für die Kindererziehung zu übernehmen ist, und da ist man eben mitten im Staatssozialismus und drin. Herr v. Staudy will den Reichszuschuß vermehren, weil das Gesetz zur Bekämpfung der Sozialdemokratie dienen soll. In meinen Augen ist das eine Begünstigung der Sozialdemokratie. Die sozialistischen Anschauungen werden durch das Gesetz, insbesondere durch den Reichszuschuß, genährt. Das ist auch das Geheimnis, weswegen die Sozialdemokraten sich des Gesetzes jetzt so tapfer annehmen. Der Abg. Grönlender hat es einmal offen ausgedrückt, das Gesetz gehe über den Begriff des vulgären Staatssozialismus hinaus. Er sagte: „Es ist kein sozialistisches aber ein „sozialistisches“ Gesetz.“ Daher finde ich es begreiflich, wenn Herr Singer meint, daß sich über die konservativen Vorschläge reden läßt. Der konservative Antrag ist an sich rein formell, aber die Motivierung des Abg. v. Staudy macht es unmöglich, für ihn zu stimmen. Anders der Centrumsantrag, soweit er sich auf das Invaliditätsgesetz bezieht. Was ich an ihm schätze, ist, daß er auch eine Enquete über die Ausbeutung des Gesetzes will. Der Gedanke der Einschränkung ist ein ganz richtiger, weil die Frage der Invaliditätsversorgung bei der Landwirtschaft und beim Handwerk ganz anders liegt als bei der Großindustrie. Darum werde ich für diesen ersten Theil des Centrumsantrags stimmen. Es herrscht durchaus keine Uebereinstimmung darüber, daß das Gesetz aufrecht erhalten werden muß. Wir müssen aber mit den tatsächlichen Verhältnissen rechnen. Man kann doch nicht einsam dastehen: das Gesetz ist aufgehoben. Man muß Uebergangsverhältnisse schaffen, und die Schaffung solcher Uebergangsverhältnisse hat wohl Abg. Altbüchler in seinem Vorschlage angedeutet, eine freiwillige Versicherung einzuführen. Eine solche besteht ja z. B. für die Diensthofen, wenn sie aus ihrem versicherungspflichtigen Verhältnis ausscheiden. Genau so, meint Abg. Altbüchler, sollen diejenigen Personen, die bisher versicherungspflichtig gewesen sind und daher Reichsansprüche bereits erworben haben, freiwillig das Verhältnis fortsetzen können, wenn die Versicherungspflicht für diese Kategorie aufgehoben wird. In dieser Weise denke auch ich mir eine allmähliche rationelle Aufhebung der Versicherungspflicht möglich. Das wäre ein Anfang, und je früher man den Anfang macht, desto geringer werden die tatsächlichen Schwierigkeiten für die Aufhebung sein. Nur in diesem Sinne würde ich vorschlagen, für den ersten Theil des Centrumsantrags zu stimmen. Der zweite Theil ist deshalb nicht annehmbar, weil wir dem ganzen System der Unfallversicherung ablehnend gegenüberstehen, und weil wir die angekündigte Novelle zum Unfallversicherungsgesetz noch nicht kennen und daher nicht präjudizieren wollen. (Beifall links.)

Abg. Ulrich (S.-D.): Die Anträge sind der Versuch, die Versicherungspflicht einzuschränken und das Gesetz zu verschlechtern. Die Schiedsgerichtsentcheidungen beweisen, daß bei der großen Mehrzahl der Schiedsgerichte das Gegentheil von Humanität beobachtet wurde. Das stärkste aber sind die Lohnentziehungen bei Altersrentnern. Im Eisenbahnbetriebsamt Berlin-Halle haben seit Kurzem zwei 71-jährige Arbeiter, von denen der eine 18 Jahre, der andere gar 40 Jahre bei der Eisenbahn gearbeitet hat, Rente erhalten. Da hat die Verwaltung ihnen vorgeschlagen, wenn sie für 250 Mk. arbeiten wollten, könnten sie wieder angestellt werden. Der Abg. Böttcher hat gegen uns einen Ton angeschlagen, der sich ungefähr mit dem der jämmerlichsten nationalliberalen Blätter deckt. Gerade die sozialpolitischen Gesetze sind angenommen worden, um die Sozialdemokratie zu beseitigen. Jetzt sieht man freilich schon ein, daß dieses Ziel nicht erreicht ist. Unsere Wählermassen bestehen aus klaffenbewirkten Arbeitern, die eingezogen haben, daß das Geld nur aus ihren eigenen Reihen kommt. Anders bei den Nationalliberalen. Sie werden auch vergebens ihr Geld bei unseren Wählern verpfänden, und wenn der Reichstag aufgelöst werden sollte, dann würde man eine ganze Portion Sozialdemokraten mehr hier sehen.

Abg. Frhr. v. Mantuffel (Df.): Die Herren drängen stin-

men hier gegen alle Gesetze zu Gunsten der Arbeiter und brachten dann im Lande mit dem, was sie erreicht haben. (Sehr richtig! recht!) Wenn die Sozialdemokraten zueinander, dann kommt es von ihrer Agitation, nicht von ihren Leistungen her. Abg. Singer hat gegen einen Herrn aus meinem Wahlkreis, den Hauptmann Strauß, Angriffe gerichtet, weil er Arbeiter wegen sozialdemokratischer Agitation entlassen hat. Der Herr war darin in seinem Recht und hatte auch darin Recht, daß er die anderen Gruben vor den entlassenen Arbeitern warnte. Uns ist vorgeworfen worden, daß wir die Verantwortung für ein Gesetz ablegten, das wir seiner Zeit mit angenommen haben. Das ist unrichtig; wir wollten erst Erfahrungen in der Praxis mit dem Gesetz machen. Wir haben Erfahrungen gemacht und sind zur Ueberzeugung gekommen, daß insbesondere das Markensystem einer Abänderung bedarf. Wir leugnen gar nicht, daß das Gesetz in gewissen Theilen unseres Vaterlandes unpopulär ist. Aber aus anderen Gegenden z. B. aus der Provinz Sachsen hören wir gar keine Klagen. Viele Schwierigkeiten würden beseitigt werden mit der Ausdehnung der obligatorischen Krankenversicherung auf landwirtschaftlichen Arbeiter, wie seiner Zeit auf meinen Vorschlag vom dem Provinzial-Landtag meiner Heimath beschlossen wurde. Leider hat die Regierung diesem Beschluß die Bestätigung versagt. Es ist auch nicht der Fall, daß das Gesetz die Landwirtschaft mehr schädigt als die Handelsverträge. Das Gesetz schädigt nur den ländlichen Arbeitgeber, die Handelsverträge schädigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig.

Abg. Bock (Hauptamt der Frei. Volksp.): Von einer „Insektionierung“ eines Sturms gegen das Gesetz in Süddeutschland kann keine Rede sein. Die Zustimmung gegen das Gesetz ist dort allgemein und aus ihr hat sich der Petitionssturm entwickelt, der besonders groß in Bayern gewesen ist. Im Ganzen sind gegen 300 000 Unterschriften unter der Petition gewesen, allein aus Nürnberg 25 000. So viel Arbeitgeber giebt es gar nicht in Nürnberg. Es müssen also auch zahlreiche Arbeiter dabei gewesen sein. Gegen das „Wappergesetz“, wie kürzlich ein bayerischer Abgeordneter in seiner drastischen Weise ausführte — und darin hatte der Mann Recht — herrscht, besonders wegen des Markensystems, allgemeine Mißstimmung. Das ganze Gesetz hat eine sozialistische Tendenz. Deshalb sind die Sozialdemokraten auch dafür. Dem konservativen Antrage können wir nicht zustimmen, weil er das Gesetz erhalten und erweitern will. Wenn man sagt, daß dem Arbeiter geholfen werden müsse, so erwirde ich darauf, dem Arbeiter ist der Sparplan abhanden gekommen. In öffentlichen Versammlungen ist ja von Sozialdemokraten ausdrücklich gesagt worden, der Arbeiter brauche nicht zu sparen. Das ist erklärlich, denn die Sozialdemokraten wollen ja nur Mißstimmung erregen. Uebrigens hat auch der Arbeiter Grund zur Unzufriedenheit mit dem Gesetz, denn auch er muß Beitrag leisten. Die vielen Schreibereien und Belästigungen, die das Gesetz verlangt, tragen namentlich auf dem Lande zur Unzufriedenheit bei. Wenn Sie das Gesetz mit allen Strafbestimmungen genau durchführen wollten, müßten Sie die zehnfache Anzahl von Richtern anstellen, und Sie hätten nicht genug Gefängnisse. Solche Gesetze sind aber nie in vollem Umfange durchführbar. Das Gesetz ist überhaupt nicht verbesserungsfähig, es taugt einmal nichts. Es ist so wenig populär wie kaum eines. Es ist heute eine allgemeine wirtschaftliche Depression vorhanden, und die Lasten dieses Gesetzes vermehren noch diese schlimme Lage. Darum: Fort mit dem Gesetz! (Beifall links.)

Staatssekretär v. Böttcher: Ich habe von den heutigen Beratungen einen anderen Eindruck bekommen als der Vorredner. Die Beratung hat gezeigt, daß heute eine weit größere Sympathie für das Gesetz vorhanden ist als früher. Schon früher einmal habe ich gefragt, wer von den 300 000 Petenten ist im Stande, nach so kurzer Geltungsdauer des Gesetzes die Schäden desselben zu kennen? In dem Bericht der Versicherungsanstalt Schleswig-Holstein heißt es, daß das Gesetz sich immer mehr in die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberfreiheit einbürgere. Nur mache sich hier und da merkwürdigerweise in einzelnen landwirtschaftlichen Kreisen, die gerade von der Versicherung am meisten Vortheil haben, eine Antipathie geltend. Nach einer mir vorliegenden Statistik hat gerade die landwirtschaftliche Bevölkerung den größten Vortheil. (Zuruf: Von der Altersversicherung!) Nein, auch von der Invaliditätsversicherung. Es entfielen von 100 Altersrentnern 42,5 Prozent auf die Landwirtschaft, auf die Industrie 21,6, auf Handel 3,2, auf freie Berufsarbeiter 5,2, auf häusliche Dienstleistungen 5,2 Prozent und auf sonstige Lohnarbeiter 12 Prozent. Vom Reichszuwachs entfielen auf die Land- und Forstwirtschaft 12,9 Millionen, auf die Industrie nur 5,3 Millionen. Bezüglich des Markensystems kommt der Bericht in längeren Ausführungen zu dem Schlusse, daß es das zweckmäßigste ist, und daß dessen Aufhebung wohl nicht in Frage kommen könne. Nicht abzuweisen dagegen ist der Gedanke, ob man nicht an Stelle der Wochenmarkten größere Appoints, und ferner anstatt der Nüchternstarken Distributionsbücher einführen soll. Es ist leicht gesagt, jedem invaliden Arbeiter und jedem Arbeiter in einem bestimmten Alter soll eine Rente gewährt werden auf Reichskosten. Wenn Sie nur an die Ausbringung der Kosten denken, werden selbst die Sozialdemokraten den Gedanken ungeheuerlich finden. Der Vorredner möge, anstatt hier abfällige Kritik zu üben, den Leuten in seinem Bezirke lieber die Wohlthaten des Gesetzes klar machen, dann wird es mehr Segen stiften, als wenn er durch seine Kritik Unzufriedenheit erregt.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Ich stimme im allgemeinen dem Staatssekretär zu, kann aber nicht zugeben, daß das Markensystem das einzig brauchbare sei. Die Knappheitskassen bleiben nicht und stehen dabei doch ganz gut. Ebenso ist die Behauptung der Sozialdemokraten nicht richtig, daß sie die eigentlichen Urheber des Gesetzes sind. Ich habe viel mehr an den Gesetzen gearbeitet als die Sozialdemokraten. Die Unzufriedenheit mit dem jetzigen Prämienverfahren wird sich in der Zeit, wo wir den Beharrungszustand erreichen oder ihm nahe kommen, erheblich vermindern.

Abg. Dr. Cuneo (nl.): Den Antrag der Konservativen halten wir für sehr erwägenswerth, und wir werden darum für ihn stimmen. Dagegen werden wir gegen den Centrumsantrag stimmen, weil er zweideutig ist und man nicht weiß, ob er eine Erweiterung oder Beschränkung des Kreises der Versicherungs-pflichtigen zum Zwecke hat.

Abg. Ulrich (S.-D.) betont, daß schon in den hiesigen Jahren die Sozialdemokratie Arbeiterdurchgesetzte verlangt habe, und daß auch der General v. Steinmeß sich für diese sozialdemokratischen Forderungen im militärischen Interesse ausgesprochen habe. Fürst Bismarck selbst habe zugegeben, daß die Sozialreform der Sozialdemokratie zu verdanken sei. Frhr. von Stumm kann seinen Arbeitern das Heirathen untersagen, aber diese Thatfache doch nicht wegdiskutieren. Der Gedanke einer allgemeinen Versorgung im Alter und bei Invalidität ist gar nicht ungeheuerlich und gar nicht neu, denn er ist schon in den vierziger Jahren von einem entschiedenen Liberalen ausgesprochen worden.

Abg. Frhr. v. Stumm bestreitet nochmals den Sozialdemokraten das Verdienst, die sozialpolitischen Gesetze veranlaßt zu haben. Sie hätten auch gegen alle diese Gesetze gestimmt.

Nach einem Schlußwort der Abg. Althöfer und von Staudy wird der Antrag Althöfers, soweit er eine Enquete bezüglich der Ausdehnung des Invaliditätsversicherungsgesetzes verlangt, angenommen, ebenso der Antrag von Staudy. Dagegen wird der zweite auf die Unfallversicherung bezügliche Theil des Antrages Althöfers abgelehnt.

Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr (Handelsprovisorium mit Spanien, Tabaksteuervorlage). Schluß nach 6 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 10. Jan. [Der zweite Direktor im Reichsamt des Innern. Miquel.] Mit zehn gegen neun Stimmen hat die Budgetkommission des Reichstags den Posten des zweiten Direktors im Reichsamt des Innern gestrichen. Bezeichnend ist die Vertheilung von Mehrheit und Minderheit. Zur Mehrheit gehörten die konservativen Mitglieder der Kommission, dann ein Freikonservativer und die Centrumsmitglieder. Freistünne und Sozialdemokraten mußten dem Minister von Böttcher beistimmen, um die Position zu vertheidigen, wie sie es verdient, aber ihre Mühe war umsonst. Der Vorfall stellt ein ergötzliches Gegenstück zu der damals vielberufenen Ablehnung des zweiten Direktors im Auswärtigen Amt dar, den Fürst Bismarck verlangt hatte und aus dessen Streichung ein größliches Mißtrauensvotum der „fortschrittlich-lexikal-sozialdemokratischen“ Mehrheit jenes Reichstages heraushörte, desselben Reichstages, bei dessen Anblick es dem Fürsten vorkommen wollte, als ob die Reichsmaschine „einfriere“. So dramatische Folgen wie der damalige Kampf um den zweiten Direktor wird die jetzige mehr wunderliche als tragisch zu nehmende Wiederholung jenes Vorganges schwerlich haben. Graf Caprivi und Herr von Böttcher werden im Plenum natürlich noch das Ihrige thun, um den verlangten zweiten Direktor im Reichsamt des Innern durchzusetzen, und bei der Knappheit der ablehnenden Mehrheit der Kommission wird das Unternehmen ihnen vielleicht gelingen. Wenn nicht, nun dann nicht. Die Sache bleibt aber doch pikant. Die Ablehnung bedeutet den Ausdruck scharfen Mißtrauens gegen die jetzige Handels- und Wirtschaftspolitik, und die Unterstützung der Konservativen durch die Ultramontanen fußt in diesen sachlichen Bedenken, während für die Konservativen wohl zumeist das Gelfüsten maßgebend war, den leitenden Personen Eins auszuwaschen. Hinterher werden die Herren mit geschickter Verwechslung von Ursache und Wirkung wohl gar noch aus der lebhaften Singerschen Empfehlung der verlangten Position folgern, wie recht sie mit ihrem Mißtrauen hatten und haben. Denn wie kann etwas den konservativen Interessen dienen, was den nichtkonservativen Interessen zusetzt? — Wenn offiziöse Dementis im Allgemeinen vorsichtig genossen werden wollen, so darf man der Zurückweisung einer Herold-Meldung über Aeußerungen des Finanzministers in Sachen des russischen Handelsvertrages und der Reichsteuervorlagen vollständig Glauben schenken. Es ist in der That undenkbar, daß Herr Miquel so unvorsichtige Aeußerungen wie die ihm in den Mund gelegten gethan haben soll. Vielleicht denkt er sich im verschwiegene Bufen Manches, was ihn ein voreiliger Berichterstatte hat sagen lassen, so z. B. daß mit dem gegenwärtigen Reichstage auf die Dauer nicht auszukommen sei, und daß der Brantwein zur stärkeren Steuerleistung herangezogen werden könne. Aber auszusprechen wird er das gerade jetzt nicht, mindestens nicht das Erstere, und einen Zweifel am Zustandekommen des russischen Handelsvertrages wird er nicht einmal mehr hegen, geschweige denn der Öffentlichkeit ver-rathen. Kann somit die von einem schnellen Dementi zur Strecke gebrachte Nachricht auf sich beruhen bleiben, so wird es immerhin schwer sein, zu verhindern, daß gewisse Agrarier die vermeintlichen Wünsche des Herrn Miquel nach stärkerer Heranziehung des Brantweins auf ihre Weise deuten und sich dem Finanzminister zur Verfügung stellen, unter der Bedingung selbstverständlich, daß auch er sich ihnen freundschaftlich erzeigt. Herr v. Dietz-Dabers hat, wie er in der „Kreuztg.“ mittheilt, mit Zustimmung des Herrn Miquel den Entwurf eines Rohspiritusmonopols ausgearbeitet, und er veröffentlicht sein Werk „mit Ermächtigung“ des Finanzministers. Einen Monopolcharakter soll der Entwurf nun zwar nicht tragen, aber das erscheint, wenn man die 3 oder 4 Spalten durchliest, nur als holbe Selbsttäuschung des Verfassers; mindestens giebt es keinen derartigen Entwurf, der einem Monopol ähnlicher sein könnte als der Dietz-Dabersche. Die Öffentlichkeit hat sich mit dem finanzpolitischen Dilettantismus des genannten Herrn noch nicht beschäftigen zu müssen geglaubt; die wenigsten Blätter haben überhaupt von der Veröffentlichung Notiz genommen. Auch wird ja so leicht nichts aus dieser angenehmen Sache werden. Aber sie behält ihren Werth als Grabmesser der engen Verbindung, in der sich Herr Miquel mit den konservativ-agrarischen Wortführern zu halten bestrebt ist. Offenbar gehen seine eigenen Wünsche nach einer solchen Form der Rohspiritusbesteuerung, die fünfzig bis hundert Millionen jährlich einbringen soll, ohne irgendwelchen Belästigungen zuzufügen, eine Versicherung, die naturgemäß jeder neuen Steuer mit auf den Weg gegeben werden muß, und zwar mit um so stärkeren Betheuerungen, je höher die Steuererträge sein sollen. Herr Miquel hat sich des Dietz-Daberschen Entwurfs so liebevoll angenommen, daß er ihn im Finanzministerium hat durcharbeiten und stellenweise verändern lassen.

— In einer angeblich von einem „Kleingrundbesitzer“, in Wirklichkeit aber wohl im Bureau des Bundes der Landwirthe angefertigten „Zuschrift“ an die „Kreuztg.“ wird „die in bäuerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen herrschende Stimmung“, d. h. die Stimmung, wie sie nach dem Wunsch der Bündler sein sollte, mit den schwärzesten Farben geschildert. Im Vergleich zu der hier verjuchten Verheißung des Bauernstandes ist die antisemitische Agitation noch leidlich verständlich. Der Bauernstand wird u. a. mit Personen verglichen, welche von dem Führer eines Schiffes als Ballast

über Bord geworfen sind und sich nun in Todesangst an das Schiff festzuklammern suchen, aber ermahnt werden:

„So schreit doch nicht so! Laßt doch los! Es ist nun doch einmal kein Platz mehr für Euch! Wie egoistisch von Euch, durch Euer Ungeklümmer unser Fahrzeug und damit auch uns selbst in Gefahr zu bringen! Verhaltet Euch doch ruhig, damit nicht die aller Orten umherlaufernden Haifische (Sozialdemokraten) aufmerksamer werden und nach Euch schnappen. Nun, die Sozialdemokratie hat einen großen Mager. Ein paar Millionen zur Verzeiwung getriebener Landwirthe, die auf dem letzten Gocke pfeifen oder überhaupt nichts mehr zu verlieren haben, gehen schon noch hinein.“

Und diese „Landwirthe“ trösten sich damit, daß, wenn der sozialdemokratische Staat kommt, sie nicht nur ihren Hof, sondern auch ihre vielen Schulden los sind! — Im Eifer des Gefechts aber legt der Verfasser ein interessantes Geständniß ab. „Die Herren, schreibt er, welche an der Spitze der landwirtschaftlichen Nothstandsbewegung stehen, haben es meistens gar nicht nötig. Sie können es meistens schon noch eine gute Weile mit ansehen.“ Mit anderen Worten: Die Herren Großgrundbesitzer, die so laut schreien, sind „meistens“ gar nicht nothleidend; sie beuten nur die Nothlage der Kleinen aus, um ihre Grundrente zu steigern! — Ganz unserer Ansicht.

— In der am 9. d. Mts. abgehaltenen Sitzung des Bundesraths wurde der Deklaration vom 30. Dezember v. J. betreffend das Handelsprovisorium mit Spanien, nachträglich die Zustimmung erteilt, und eine Abänderung des Regulativs der Kommission für Arbeiterstatistik genehmigt.

W. B. München, 10. Jan. Der Wirtschaftsausschuß der Kammer der Abgeordneten empfahl mit 16 gegen 9 Stimmen die Ausschließung des Pferdebestandes von der staatlichen Viehverversicherung. Der Minister des Innern stimmte zu und stellte eine spätere, gesonderte Pferdeversicherung im Ausblick. — Der Finanzausschuß nahm in namentlicher Abstimmung einstimmig den durch die Militärvorlage einschließend der ersten bayerischen Unteroffizierschule veranlaßten Nachtragsetat für 1893/94 an.

W. B. München, 10. Jan. [Kammer der Abgeordneten.] Bei der fortgesetzten Beratung des Etats des Ministeriums des Innern erklärte der Minister des Innern, Frhr. v. Fellihsch auf eine Anfrage des Abg. Grillenberger, die bayerische Regierung sehe kein Bedürfnis zum Erlaß eines Reichs-Seuchengesetzes, sie habe Bedenken gegen den vorliegenden Entwurf und werde im Bundesrathe Mobilisationen beantragen.

W. B. Stuttgart, 10. Jan. Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt König Wilhelm sich Ende dieses Monats zur Theilnahme an der Feier des Geburtstags des Kaisers nach Berlin zu begeben.

Franreich.

* Der Prozeß gegen den Dynamitarb Baillant, welcher, wie schon telegraphisch gemeldet, am Mittwoch vor den Pariser Geschworenen begann, endete schließlich mit der Verurtheilung Baillants zum Tode. Während der Verhandlung erging der Mörder sich in anarchistischen Renommistereien, leugnete aber, daß er mit seiner Bombe jemanden habe tödten wollen. Baillant erklärte, er habe die Bombe geschleudert, weil er keine Arbeit finden und seine Familie nicht ernähren konnte. Hierauf verlas Baillant ein langes Schriftstück, in welchem er die bestehende Gesellschaftsordnung angreift. Zum Schlusse erklärte er, er habe in seinem Kampfe gegen die Gesellschaft seinen Gegner nur verwundet, man könne ihn bestrafen, aber was werde der Wahrspruch der Geschworenen in der Geschichte der Völker sein! Aus dem weiteren Zeugenerhör geht hervor, daß Baillant nach der Explosion zu entfliehen versuchte. Der als Sachverständige vernommene Direktor des städtischen Laboratoriums, Girard, erklärte, die von Baillant geworfene Bombe würde mehrere Personen getödtet haben, wenn sie nicht in der Luft explodirt wäre. Damit war die Beweisvernehmung beendet. Es folgte die Rede des öffentlichen Anklägers, des General-Prokurators des Staates. Derselbe wies in seinem Plaidoyer nach, daß Baillant nicht durch seine Nothlage, sondern durch seine Eitelkeit zu dem Verbrechen getrieben sei; er habe die Kammer für sein Attentat gewählt, weil er damit noch größeren Aufsehen erregen wollte, als die Urheber des Attentats von Barcelona. Der Generalprokurator beantragt die Todesstrafe und ermahnt die Geschworenen eindringlich, ihre Pflicht zu thun. Der Vertheidiger Baillants, Advokat Labori hob in seiner Vertheidigungsrede hervor, daß von Baillant begangene Verbrechen gehöre nicht zu den Verbrechen gegen die Gesellschaft, Baillant habe Niemand getödtet, es sei unmöglich ihn zum Tode zu verurtheilen. Die Geschworenen zogen sich hierauf zur Beratung zurück. Die Geschworenen berieten 25 Minuten und bejahten sämtliche vier Schuldfragen auf vorbedachten Mordversuch und Zerstörung eines öffentlichen Gebäudes, ohne Zubilligung mildernder Umstände. Baillant wurde vom Gerichtshof zum Tode verurtheilt und rief bei Verkündung des Urtheils aus: „Es lebe die Anarchie!“

Aus dem Gerichtssaal.

B. C. Berlin, 9. Jan. Vor dem Kammergericht gelangte gestern folgender interessanter Schadensersatzprozeß zur Verhandlung: Der hiesige Bankier Paul B. hatte dem Kaufmann D. zu Leipzig mehrere Industriefapier zum Ankauf empfohlen und dann auch verkauft, welche später stark im Kurse fielen. D. klagte hierauf unter der Ausföhrung auf Schadensersatz, daß B. über die Natur und Steigerungsfähigkeit der betreffenden Werthe, unrichtige oder unvollständige Angaben und sogar auch in denjenigen Fällen gemacht habe, wo er den fraglichen Gründungen persönlich nahe gestanden. B. beantragte Abweisung der Klage, da er damals die Rathschläge nach bestem subjektiven Ermessen gegeben. Unvorherzusehende ungünstige Ereignisse, so namentlich auch seine plötzliche und langandauernde Verhaftung hätten auf den Kurs der betreffenden Aktien ungünstig eingewirkt; ein schuldbares Vergehen könne ihm aber nicht zur Last gelegt werden. Die 4. Civilkammer des Landgerichts I erkannte hierauf auf Abweisung der Klage. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde gestern vom Kammergericht zurückgewiesen.

* Berlin, 9. Jan. Eine Erfindung, die der Fabrikant Carl Jhn gemacht hat, ist für ihn zu einem Danaergeschenk geworden, denn sie ist mittelbar die Veranlassung gewesen, daß er zweimal wegen Betruges bestraft worden ist. Jhn hat einen Hektographen-Apparat erfunden, der besonders viel von Journalisten benutzt wird. Seit dem Jahre 1882 hat er dem Alleinvertrieb seines Apparats gegen Entgelt an verschiedene Personen übertragen, dem jedesmaligen Käufer versichernd, daß ein Vertrieb von anderer Seite nicht stattfinden. Der Kaufmann Nadeke zahlte 3000 Mark für die Erfindung, ein Kaufmann in Leipzig 200 Mark, beide wurden durch das Doppelspiel des Angeklagten geschädigt. Jhn wurde hierauf zweimal verurtheilt, nach Verbüßung der über ihn verhängten Strafe hat er das Geschäft fortgesetzt. Er verkaufte wiederum die Erfindung an zwei

Kaufleute. Dieserhalb mußte er sich am Dienstag wieder vor dem Berliner Landgericht I verantworten. Das Gericht hielt diesmal eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten für eine angemessene Sühne.

Stadtverordneten-Versammlung.

R. Posen, 10. Januar.

Den Vorsitz führt Herr Justizrath Dräger. Vor Eintritt in die Tagesordnung bleibt derselbe den Inhalt eines von dem Herrn Oberbürgermeister Witting aus Berlin eingegangenen Telegramms bekannt. Danach haben die Herren Minister des Innern und der Finanzen die von den städtischen Körperschaften beschlossene Anleihe der Stadt Posen im Betrage von 4 1/2 Mill. Mark nunmehr bedingungslos genehmigt. Die Angelegenheit befindet sich bereits im Kabinett des Kaisers, wo sie der Befestigung harret.

Von der heutigen Tagesordnung wurde alsdann nur der erste Punkt erledigt, die Wahl der Abgeordneten der Stadt Posen zum Provinzial-Landtage auf 6 Jahre, von 1894 bis Ende 1899 und deren Stellvertreter. Nach Ablauf der Wahlzeit der bisherigen Vertreter hat der Herr Oberpräsident, wie der Vorsitzende mittheilt, die Stadtverordneten-Versammlung zur Neuwahl aufgefordert, welche nach dem Gesetze vom Jahre 1824 und vom Jahre 1832, sowie nach den Bestimmungen des Reglements vom Jahre 1842 vorzunehmen ist. Hiernach sind für die Wahlfähigkeit als Bedingungen vorgeschrieben: zehnjähriger Grundbesitz im Werthe von 12 000 M., ein Alter von 30 Jahren und unbescholtener Ruf, ferner muß der zu wählende Abgeordnete Mitglied des Magistrats oder Gewerbetreibender sein. Nachdem der Vorsitzende die Bestimmungen des Reglements über den Wahlakt mitgetheilt hat, erfolgt eine längere vertrauliche Besprechung der Kandidatenfrage.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung beginnt der Wahlakt und übernehmen dabei die Stadtv. Jacobsohn und Dr. v. Dziewkowski das Amt als Stimmzähler. Anwesend sind 26 Stadtverordnete. Bei der Wahl des ersten Abgeordneten werden 25 Stimmzettel abgegeben, wovon ein Zettel unbeschrieben ist. Es erhalten Stadtv. Robert Jädel 20 Stimmen und die Stadtv. Jaffé und Jerschewicz je 2 Stimmen. Stadtv. Robert Jädel ist somit zum ersten Abgeordneten gewählt. Bei der Wahl des zweiten Abgeordneten erhalten Gerichts-Magistrat Jaffé a. D. 12 Stimmen, Stadtv. Adolf Kantorowicz 11 Stimmen und Rechtsanwält Dr. Lewinski 1 Stimme. Da keine absolute Majorität erzielt ist, hat eine Stichwahl zu entscheiden. Hierbei hat sich der zur Stichwahl stehende Kandidat Herr Jaffé der Abstimmung zu enthalten. Es entfallen auf Herrn Jaffé 15 Stimmen und auf Herrn Stadtv. W. Kantorowicz 10 Stimmen. Herr Jaffé ist zum zweiten Abgeordneten der Stadt Posen gewählt.

Für den ersten Abgeordneten wird hierauf zum ersten Stellvertreter Herr Stadtv. und Lottereeinnehmer Dielesfeld mit 21 von 26 Stimmen und zum zweiten Stellvertreter Herr Sanitätsrath Dr. Kupke mit 17 von 25 Stimmen wiedergewählt. Bei der Wahl des ersten Stellvertreters des zweiten Abgeordneten erhalten Thierarzt Herzberg 12, Kaufmann Kirsten 5, Baumeister Müller 6 Stimmen und die Herren Kaufmann Lettgeber und Kommerzienrath Hugger je 1 Stimme. Es hat eine engere Wahl stattgefunden. Dabei wird Herr Thierarzt Herzberg mit 13 gegen 11 Stimmen, welche auf den Baumeister Müller fallen, gewählt. Zum zweiten Stellvertreter des zweiten Abgeordneten endlich wird Kaufmann Volcklaus Lettgeber mit 20 Stimmen gewählt.

Schluß der Sitzung um 7 1/4 Uhr.

Zofales.

Posen, 11. Januar.

* Von dem Vorschlage zum städtischen Etat für das Verwaltungsjahr 1894/95 ist die erste Abtheilung, umfassend 11 Spezialstats, fertiggestellt und ausgegeben. Ueber die Einnahmen und Ausgaben entnehmen wir den einzelnen Stats folgende Hauptzahlen, indem wir zum Vergleich gleichzeitig die entsprechenden Hauptzahlen des Statsjahres 1893/94 heranziehen. Bei dem Etat der offenen Armenpflege betragen die Einnahmen 178 359 Mark gegen 165 218,10 Mark im Vorjahre, mithin mehr 13 140,90 M., die Ausgaben ebenfalls 178 359 M., mehr 13 140,90 Mark. Bei der Krankenhaus-Verwaltung betragen die Einnahmen 109 431,48 M. gegen 109 392,48 M. (+ 1270 M., - 1231 M.), die Ausgaben 109 431,48 Mark gegen 109 392,48 Mark (+ 1290,50 Mark, - 1170,50 Mark). Für die Wasserpflege sind eingelegt an Einnahmen 27 013,41 Mark gegen 29 809,41 Mark (+ 25,50 M., - 2821,50 M.), an Ausgaben 27 013,41 M. gegen 29 809,41 M. (+ 980 M., - 3176 M.). Die Hospitalverwaltung verzeichnet Einnahmen 24 911,50 M. gegen 24 730,50 M. (+ 221 M., - 40 M.), Ausgaben 24 911,50 M. gegen 24 730,50 M. (+ 201 M., - 20 M.). Der Etat der Sparkasse enthält Einnahmen 200 689,47 M. gegen 200 436,07 M. (+ 253,40 M.), Ausgaben 200 689,47 M. gegen 200 436,07 M. (+ 253,40 M.). Beim Reservefond der Sparkasse betragen die Einnahmen und Ausgaben 35 278,11 M. gegen 30 832,72 M. (+ 4445,39 M.). Der Etat der Pfandleih-Anstalt in Einnahme und Ausgabe 30 862 M. gegen 33 012 M. (- 2150 M.). Bei dem Etat der Gas-Anstalt sind verzeichnet Einnahmen 525 391,67 M. gegen 541 196,70 M. (+ 16 244,27 M., - 32 049,30 M.), Ausgaben 525 391,67 M. gegen 541 196,70 M. (+ 20 257,87 M., - 36 062,90 M.). Die Petroleum-Strassenbeleuchtung erfordert in beiden Jahren 3600 M. Der Etat der Wasserwerke und zwar für die Künstauffbereitung beträgt Einnahmen 130 660 M. gegen 129 660 M. (+ 1000 M.), Ausgaben 130 660 M. und 129 660 M. (+ 5 797,77 M., - 4 797,77 M.). Für die Quellwasserleitung sind eingelegt Einnahmen und Ausgaben 11 265 M. gegen 800 M. (+ 10 465 M.). Die Magazinverwaltung enthält Einnahmen und Ausgaben 84 300 M. gegen 80 500 M. (+ 3800 M.). Bei der Markthalverwaltung finden wir Einnahmen und Ausgaben 97 660 M. gegen 90 315 M. (+ 7345 M.). Die Abfuhrverwaltung balancirt in Einnahmen und Ausgaben mit 91 640 M. gegen 87 140 M. (+ 4400 M.).

Telegraphische Nachrichten.

München, 10. Jan. Prinz Louis Ferdinand und Gemahlin reisen am 17. d. Mts. zum Besuche des Kaisers und der Kaiserin nach Berlin.

Leipzig, 10. Jan. Der Maler Professor Karl Berner ist heute gestorben.

Wien, 10. Jan. Ein Theil des Krakau-Wiener Schnellzuges entgleiste bei Wagram in Folge Schienenbruchs; die Passagiere sprangen aus Angst durch die Fenster, wodurch sechs Personen leicht und eine schwer verletzt wurden.

Rom, 9. Jan. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Palermo, daß heute Vormittag gemäß dem in Modena am 7. d. M. veröffentlichten Manifeste die sozialistischen Deputirten Agnini und Brampolini an Bord des Packetbootes „Postero“ im Hafen eingetroffen sind. Dieselben wurden an Bord zurückgehalten und werden sich noch heute mittelst Postdampfers nach dem Continent begeben. — Dem „Corriere di

Napoli“ zufolge wird sich der Deputirte De Felice Giuffrida vor dem Gerichte wegen mehrerer Vergehen gegen die Staatsgewalt und gegen die öffentliche Sicherheit zu verantworten haben. — Nach dem „Fanfulla“ sind der Regierung aus Apulien und Calabrien Nachrichten zugegangen, welche als wahrscheinlich bezeichnen, daß in mehreren Gemeinden der genannten Provinzen Unruhen ausbrechen dürften. Der Kommandant des XI. Armeekorps in Bari habe indessen eine Verstärkung der Garnisonen in den betreffenden Gemeinden verfügt.

Rom, 10. Jan. Nach weiteren Nachrichten aus Corato sind von den Manifestanten einer getödtet und drei verwundet und von den Soldaten mehrere leicht verwundet worden. Es sind Verstärkungen nach Corato geschickt worden, die Ruhe scheint wieder hergestellt zu sein.

Rom, 10. Jan. Wie der „Agenzia Stefani“ aus Modena gemeldet wird, veranstalteten etwa 1000 zur Fortschaffung des Schnees verwendete Arbeiter in Finale dell'Emilia eine Demonstration, indem sie die zur Dienstleistung einberufenen Militärpflichtigen zum Bahnhofe begleiteten, Arbeiterlieder anstimmten und Hochrufe auf den Deputirten Agnini ausbrachten. Nach Finale dell'Emilia wurden Truppenverstärkungen entsandt.

Palermo, 10. Jan. Auf ganz Sizilien herrschte heute vollste Ruhe.

Mantua, 10. Jan. Eine Anzahl beschäftigungsloser Arbeiter begab sich vor das Stadthaus und verlangte unter aufrührerischen Rufen Arbeit. Die Demonstranten wurden ohne Anwendung von Gewalt zerstreut.

Petersburg, 10. Jan. Wie der „Grashdanin“ hört, schließt das Reichsbudget pro 1894 mit einem Ueberschuß in Einnahmen von etwa 10 Millionen Rubel ab, wobei die Vorschläge äußerst vorsichtig gemacht sind.

Paris, 9. Jan. Wie aus Buenos-Ayres gemeldet wird, hat der argentinische Finanzminister Terry 500 000 Piaster in Papier verbrennen lassen, welcher Betrag allmonatlich zur Verbrennung bestimmt ist. — Nach einer Meldung aus Santiago wurde von einem Volkshaufen der Versuch gemacht, sich einer Artilleriekaserne zu bemächtigen. Der Versuch wird den Balmacediten zugeschrieben. Zwölf Personen wurden verhaftet.

London, 9. Jan. Wie das „Reutersche Bureau“ aus Honolulu vom 1. d. M. meldet, weigert sich die provisorische Regierung entschieden, abzudanken. Der amerikanische Gesandte Willis erbat von der Regierung in Washington neuerdings Instruktionen.

London, 10. Jan. [Unterhaus.] Bei der Berathung über den Antrag Austin auf Entschädigung der Hinterbliebenen der bei den September-Unruhen Getödteten erklärte der Staatssekretär des Inneren Agnith, Personen, welche einem Volksaufstande beizutreten, der seitens der Behörden als ungesetlich proklamirt worden, seien vor dem Gesetze, selbst wenn sie nur untheilhaftige Zuschauer gewesen seien, ebenso der Selonie schuldig, wie die wirklichen Theilnehmer an der Aufrühr. Nach dem Gesetze hätten daher die Familien der beiden Arbeiter, welche bei den Unruhen anlässlich des Kohlenstreikes im September durch Schüsse seitens des Militärs getödtet wurden, keinen Anspruch auf eine Geldentschädigung. Allein der vorliegende Fall sei ein außerordentlicher und die Regierung werde sorgfältig erwägen, ob es möglich sei, jenen Familien und außerdem noch einigen anderen damals verwundeten Personen aus Mitleid einen kleinen Geldbetrag zu bewilligen. Den von Austin gestellten Antrag auf Entschädigung könne die Regierung aber nicht annehmen. Darauf wurde dieser Antrag zurückgewogen.

London, 10. Jan. Nach hier eingetroffenen Meldungen aus Bahia vom gestrigen Tage ist der amerikanische Kreuzer „San Francisco“ am Nachmittag nach Rio de Janeiro in See gegangen.

Konstantinopel, 9. Jan. Die Nachricht auswärtiger Blätter, daß hier aufrührerische Plakate verbreitet und mehrere Ulema verhaftet seien, entbehrt der Begründung. Ebenso wird die Meldung, daß in Damaskus aus Anlaß des Umbaus einer Moschee Gährungs statgefunden hätten, daß Christen mißhandelt und mehrere Eurodäer beschimpft seien, von unrichtiger Seite für unbegründet erklärt.

Belgrad, 10. Jan. [Ministerprozeß.] Abakumowitsch protestirte Namens der Angeklagten gegen die neuerliche Funktion von Krebitsch als Richter, da derselbe dem Verhöre sowie der Vertheidigung nicht beigezogen habe. Nach einer stürmischen Berathung des Gerichtshofes verkündigte der Vorsitzende, daß der Gerichtshof die Beschwerde des Angeklagten in Erwägung ziehen werde. Hierauf wurde die weitere Verhandlung auf den 16. d. M. vertagt.

Belgrad, 10. Jan. Der „Obiel“ beglückwünscht die Regierung und Milobanowitsch zur günstigen Beilegung der Differenzen in der Obrfrage, die fübend auf die für beide Nachbarstaaten gleichmäßigen nöthigen guten Beziehungen eingewirkt hätten. — Dem gestrigen, die Obrfrage beratenden Ministerrathe präsihrte der König.

Chicago, 10. Jan. Durch den Brand, welcher am 8. d. M. in der Ausstellung geherrscht hat, sind Ausstellungsgegenständen im Werthe von annähernd 200 000 Doll. vernichtet worden.

Rio de Janeiro, 9. Jan. Admiral Salbancha veröffentlicht ein Manifest, welches das ihm vor einigen Wochen zugeschrriebene, zu Gunsten der Monarchie erlassene, für apostrophisch erklärt. In dem Manifest heißt es ferner, Peizoto sei ein Militärtyrann, das Volk müsse die Jakobiner niederschlagen, um die bürgerliche Republik herzustellen und zu befestigen. — In Pernambuco, Para und Ceara kamen Unruhen vor.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkient der „Pos. Btg.“

Berlin, 11. Januar, Morgens.

Ueber den vorausfichtlichen diesjährigen Sommer-Aufenthalt der kaiserlichen Familie in den Reichslanden wird aus Mez gemeldet: Ziemlich bestimmt ist anzunehmen, daß die kaiserliche Familie Anfang Juni nach Mez kommt. Die Kaiserin wird sich mehrere Wochen im Schloß Urville aufhalten, der Kaiser fährt nach kurzem Aufenthalt in Mez und Straßburg nach Berlin zurück.

Bei dem Ministerpräsidenten Eulenburg fand gestern Abend ein Diner statt, zu welchem der französische Botschafter Gerbette, die Gesandten Schwedens, der Niederlande, Brasiliens, der Schweiz und andere Mitglieder des diplomatischen

Korps, die Wirklichen Geheimen Räte und der Chef des Civilkabinetts Dr. v. Lucanus geladen waren.

Einer Meldung der „Pos. Btg.“ zufolge hat Professor Hans Delbrück, Herausgeber der preussischen Jahrbücher, einen Ruf an die Universität nach Leipzig abgelehnt.

Auf die Vorstellungen des italienischen General-Konsuls in Frankfurt a. M. entfandte das italienische Ministerium zur Unterstützung italienische Delegirte, um die Affidavit-Angelegenheit zu beschleunigen.

Bei den Gemeinde-Wahlen in Rom sind 54 Merikale und 26 Liberale gewählt.

Bei den gestrigen Unruhen in Curato riefen die Tumultuanten: „Es lebe Sicilien, hoch Frankreich.“ In Neapel werden die Hausdurchsuchungen fortgesetzt. Der Anführer der Arbeiterbande ist verhaftet worden. Nachmittags sind 5 Transportdampfer mit Truppen von Neapel nach Palermo abgegangen.

Der katholische Kongress, welcher in diesen Tagen in Neapel stattfinden sollte, ist durch eine Versammlung im Vatikan auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Mehr als 15 Millionen Dollar Gold sind im Laufe der letzten Woche aus der Reserve des amerikanischen Staatsschatzes gegeben worden. Wie aus Washington gemeldet wird, glaubt man, daß die Reserve des Schatzes am 1. März d. J. bis auf 50 Millionen Dollar abgenommen haben werde. Die Führer der demokratischen Partei geben zu, daß es unumgänglich notwendig sei den Staatsschatz unverzüglich zu stärken, aber sie sind sich über die Art und Weise nicht einig. Schatzsekretär Carlisle wird keine Emission von Obligationen ohne Genehmigung des Kongresses zulassen. Carlisle konferirte gestern mit der Finanzkommission des Senats über die Frage der Ausprägung der in dem Staatsschatz befindlichen Silberbarren und benachrichtigte den Finanzausschuß, daß die sich hieraus ergebenden 55 Millionen Dollar für die Bedürfnisse des Schatzes nicht genügen würden, und daß es hierzu noch eines besonderen Gesetzes bedürfe.

Handel und Verkehr.

** Wien, 10. Jan. Der Rechnungsabluß der österreichisch-ungarischen Bank pro 1893 ergiebt ein Reinertragniß von 7 098 337 Gulden, der Gewinnanteil beider Staatsverwaltungen zusammen 347 202 Gulden. Der Generalrath befehlt sich eine Beschlusfassung über die in der Valutaregulirungs-Angelegenheit eingegangenen Noten beider Finanzminister für eine spätere Sitzung des Generalraths vor.

** Petersburg, 10. Jan. In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre der Orel-Witebsk-Bahn wurde der Antrag auf Verstaatlichung der Bahn einstimmig angenommen.

Marktberichte.

Bromberg, 10. Jan. (Antistischer Bericht der Handelskammer.) Weizen 120-126 M., geringe Qualität 125-129 M. — Roggen 112-117 M., geringe Qualität 108-111 M. — Gerste nach Qualität 122-132 M. — Braugerste 133-140 M. — Erbsen, Futter- 135-145 M., Roherbsen 155-165 M. — Hafer 145-155 M.

** Hamburg, 8. Jan. [Kartoffelfabrikate.] Tendenz: still. Kartoffelfstärke. Prima-Waare prompt 15-15 1/2 Mark, Vieferung 15-15 1/2 M. — Kartoffelmehl Prima-Waare 14 1/2-15 M., Vieferung 14 1/2-15 M., Superiorstärke 15 1/2-16 Mark, Supertormehl 15 1/2-16 1/2 Mark, Dextrin weiß und gelb prompt 22-22 1/2 M. — Capillar-Syrup 44 B prompt 18 1/2-19 M. — Traubenzucker prima weiß gepulvert 18 1/2-19 1/2 Mark.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1894.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel.
Stunde				Grad.
10. Nachm. 9	766,2	SD mäßig	bedeckt	- 9,2
10. Abends 2	767,4	SD mäßig	bedeckt	- 7,3
11. Morgs. 7	768,6	SD stark	wolfig	- 9,0

1) Vormittags schwacher Schneefall.

Am 10. Jan. Wärme-Maximum — 7,3° Cel.

Am 10. = Wärme-Minimum — 11,7°

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* Berlin, 10. Jan. [Zur Börse.] Auf die Stimmung der Börse wirkte heute zu Beginn ungünstig eine in Form und Inhalt unbestimmte Meldung aus Philadelphia, wonach die Regierung von Washington beabsichtige, eine Goldanleihe aufzunehmen. Wir bemerken vor Allem, daß eine ähnliche Meldung schon im vorigen Jahre mehrere Male gebracht worden ist und die gleiche Wirkung ausübte. Man befürchtet nämlich, daß die Aufnahme einer solchen Anleihe lebhaftig auf den europäischen Geldmarkt berechnet sei und hier eine Goldbewegung von Europa nach Amerika veranlassen werde. Wenn, wie die Depesche andeutet, die Ausgabe von Schatzbons, und zwar von kurzfristigen beabsichtigt ist, so wäre eine solche Befürchtung irrelevant. Bekanntlich haben die amerikanischen Banken große Beträge von Gold während der Krisis angeammelt, die sie bis jetzt fest halten. Diese Banken werden entschieden bereit sein, solche Schatzbons aufzunehmen. Diese Angelegenheit beschäftigt heute die Börse. Die Stimmung wurde dadurch beeinträchtigt. Wien zeigte zwar anfangs einige Realisationslust, war aber später wieder aufnahmefähig. Von dort wurde berichtet, daß eine stürmische Haufe in Vofalwerthen ausgebrochen sei. In Wien erregte nämlich die von den beiden Finanzministern mit der Oesterreichisch-ungarischen Bank getroffene Vereinbarung wegen des Eingreifens des Instituts in den Devisenverkehr Bedenken, weil nämlich dadurch die Interessen der Bankgeschäfte verletzt werden könnten. Aber man scheint sich darüber beruhigt zu haben, im Hinblick auf die Vortheile, die eine solche Intervention für die Regulirung des Goldagio und indirekt für eine steigende Effektenbewegung zu bringen vermöchte. Der Geldstand bleibt unverändert. Es waren ziemlich viel Diskonten am Markte, die indessen zum gestrigen Sage Unterkommen fanden. Unsere heimischen Anlageverthe lagen etwas fester. Der Montanaktienmarkt fand heute keine Beachtung. Vorübergehend wurde der Versuch gemacht, die vorherrschende mattere Stimmung durch den Hinweis auf umfangreichere Schiffsbauten in England zu heben, indessen ohne nennenswerthen Erfolg. Im Großen und Ganzen zeigte sich sowohl für Kohlen- als Eisenwerthe Realisationslust, wodurch die Course unter Druck gehalten wurden. M.-S.

Breslau, 10. Jan. (Schlußkurse.) Nachgebend.

Neue Proz. Reichsanleihe 86,30, 3 1/2 Proz. L.-Pfandbr. 97,65, Konf. Türken 128,55, Türl. Boole 93,50, 4proz. una. Goldrente 96,25, Bresl. Diskontobank 97,00, Breslauer Wechselbank 95,00,

Chicago, 9. Jan. Weizen per Jan. 62 $\frac{1}{2}$ %, per Mat 67 $\frac{1}{2}$ %.
Mats per Jan. 35. — Sped hort clear nom. Port per Jan.
12,90.

Telephonischer Börsenbericht.
Berlin, 11. Jan. Wetter: Frost.
Newyork, 10. Jan. Weizen per Jan. 67 $\frac{1}{2}$ C., per
 Febr. 68 $\frac{1}{4}$ C.
Hamburg, 10. Jan. Salpeter loco 8,90, Februar-
 März 9,05. Fest.

Berliner Productenmarkt vom 10. Januar.
Wind: S.O., früh — 4 Gr. Raum., 764 Mm. — Wetter:
Frost.

Die amerikanischen Märkte waren gestern angeregt durch den Regierungsbericht, der die 1893er Weizenente auf noch nicht ganz 460 Millionen Bushel beziffert; aber die anfängliche Besserung hat sich schließlich nicht einmal voll zu behaupten vermocht und bei der an unserem Markt herrschenden Unlust hat man unter solchen Umständen hier von jenem Bericht kaum Notiz genommen. Der Verkehr blieb außerordentlich träge, und sowohl Weizen wie Roggen haben geringen Preisstand nur schwach behauptet; dagegen stellten sich Hafer eine Kleinigkeit höher, weil zusätzlich eine Dedungsordre am Markt war. Gef.: 50 Lo. Hafer.

Roggenmehl zeigte keine Aenderung; auch Rübsen
notirt nominell wie gestern; dagegen ist Spiritus auf das in
den Zeitungen besprochene Monopolprojekt neuerdings ansehnlich
weiter gestiegen, schloß dann aber in Folge von Realisationen ab-
geschwächt. Gel.: Spiritus 10 000 Liter.

Setzen loco 137—149 M. nach Qualität gefordert, unter-
 weisbunt märkischer 145 M. ab Bahn bez., Jan. 145,50 M. bez.,
 Mar 151—150,75—151 M. bez., Juni 152 M. bez., Juli 153 M.
 bezahlt.
 Roggen loco 123—129 M. nach Qualität gefordert, unter-
 insändlicher 127 M. ab Bahn bez., Jan. 127 M. bez., Mat 132,25
 bis 132 M. bez., Juni 133,25—133 M. bez.
 Weizen loco 113—121 M. nach Qualität gef., Januar 113 M.
 nom., Mat 108 M. bez., Juni 108,50 M. bez., Juli 109 M. bez.,
 September 110,50 M. bez.
 Gerste loco per 1000 Kilogramm 110—180 M. nach Qua-

Häfer Iolo 142—182 M. per 1000 Pflö nach Qualität gef.
mittel u. guter ost- und westpreussischer 143—163 M., do. pom-
merischer, udermärkischer und medlenburgischer 144—164 M. do.

schlesischer 144–163 R., feiner schlesischer, pommerischer und med-
lenburgischer 167–176 R. ab Bahn bez., Nat 140,75–141 R. bez.,
Erbsen Hochware 164–195 R. per 1000 Stüke, Feine
waare 139–153 R. per 1000 Stüke nach Quaß. bez., Victoria-Erbsen

und 1: 17.00—14.00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16.50
bis 15.75 M. bez., Januar 16.35 M. bez., Febr. 16.55 M. bez.

März 16,75 M. bez., Mai 17,10 M. bez.
 K ü b b l i s t o o h n e F a k 46,2 M. bez., April-Mai 47 M. bez.
 Mai 47,1 M. bez., Oktober 48,2 M. bez.
 R e t r o l e u m l i t o 19,80 M. bez.

ohne Fab 53,6 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe 10%

38 1/2	39	39,7 M. bez.	Juni 39,9	39,5	38,9 M. bez.	Juni 39,5
38 1/2	39,7	39,5 M. bez.	Juli 39,9	40,1	39,9 M. bez.	Aug. 40,3
38 1/2	40,7	40,3 M. bez.	September 40,8	41,0	40,6 M. bez.	
Kartoffelmehl Januar 15,00 M.						

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Weiz auf 113 M. für 1000 Rthl., für Hafer auf 148 M. für 1000 Rthl., für Spiritus 70er auf 37,60 Wt. für 10 000 Liter-Proc. (N.=3.).

= 1 M. 70 Pf. | France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

1,20 bz	F.R.Hyp.-Bt. (Rz.120)	5	Gauges: Rumo.....	5 $\frac{1}{2}$	
1,40 bz G.	do. do. Vl. (Rz.110)	4	Mobait.....	8	134,00 G.
	do. div. Ser.(Rz.100)	4	Passage.....	3 $\frac{1}{2}$	67,00 G.
3,80 G.	do. do. (Rz.100)	3	U. d. Linden....	0	
4,60 bz	Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4	Berl. Elekt.-W....	8 $\frac{1}{2}$	157,40 bz
5,40 bz	do. do. do. do.	4	Berl. Luthsch... ..	0	99,50
		4	404,75 bz		

4,40 bz.	do.	do.	do.	4	105,20 bz	Berl. Lagerh.	0	82,50 bz
4,80 bzG.	do.	do.	do.	3½	95,00 bz	do.	do.	118,00 bz
5,60 bz	Schles.-B.Gr.(rz.100)	4	Ahrens Br., Mbt.	0	45,00 B.			
5,40 bz	do. (rz.100)	3½	Berl. Bock-Br.	0	53,75 bzG.			
0,10 G.	Stettin. Nat. Hyp. Cr.	15	Schultheiss-Br..	15	230,50 bzG.			
	do. (rz.100)	11	Genl.-Ordg.	11	82,50 bz			

0,50 G.	do.	do. (rz.110)	4 1/2	Bresl. Celw...	4 3/4	82,50 G.
5,80 bz G.	do.	do. (rz.110)	4	do. Spirit-A-G.	7	104,50 G.
3,50 bz G.	do.	do. (rz.100)	4	Deutsche Asph...	5	78,25 G.
4,75 bz	Bankpapiere.			Dynamit Trust...	10	130,50 G.
				Erdmannsd. Sp...	5 1/2	92,00 bz G.
				Ernst & Sohn...	0	124,00 G.

4,90 G.	B.F.Spirit-Prod. H	3	72,25 bz G.	Fraust. Zucker...	U	190,00 G.
3,50 G.	Berl. Cassenver.	4 1/2	127,80 bz B.	Guldr. Zucker...	12	108,50 B.
3,50 bz G.	do. Handelsges.	6	136,40 bz	Gummi HarWien	25	285,00 bz G.
	do. Maklerver...	8 1/2	116,10 bz G.	do. Schwanitz...	12 1/2	178,00 bz G.
	do. Prod.-Hdbk.			do. Voigt Winde	8	127,60 G.
				do. Völ. Schldt	4	92,00 G.

4,00 bz B.	Borsen-Hdlscr.	6 1/2	128,80 G.	do. Vorr. Schnd.	4	93,00 G.
1,20 G.	Bresl. Disc.-Bk.	5	98,80 G.	Hemmoor Cem.	6	104,25 bz G.
8,10 G.	do. Wechselbrk.	4 1/2	94,40 G.	Köhltn. Strk.	14	223,90 B.
4,60 G.	Danz.Privatbank	7 1/2		Körbisd. Zucker	2 1/2	100,00 B.
	Darmstädter Bk.	5 1/2		Löwe & Co.	18	249,00 bz G.
				Reut. Lign.	10	447,50 bz G.

18,80 bzG.	do. do. Zettel	3/70		Grsl. Linke.....	10	147,50 bzG.
2,00 bzG.	Deutsche Bank.	8	159,25 bz	do. Hofmann.....	10	131,90 B.
	do. Genossensch.	4 5/8	112,80 G.	Germ. Vrz.-Akt....	—	70,00 bzG.
	do. Hp.-Bk. 60pCt	7	117,25 bz	Görlitz Körn.....	7	115,25 G.
	Disc.-Command.	6	182,20 bz	Görl. Ladr.....	9	135,10 G.

8,75 bz.	Dresdener Bank	7	137,20 bz	Handwerk.....	2	59,00 G.
1,70 bz G.	Gothaer Grund-			H. Pauskopf.....	15	225,50 bz G.
8,40 G.	creditbank.....	3 1/2	87,50 G.	Schwarzkopf.....	9	104,60 bz G.
5,00 bz G.	Internat. Bank.....	5	97,00 B.	Stettin-Vulk.-B.	14	177,50 G.
	Königsb. Ver.-Bk			Sudenburg.....	1	57,50 G.

Leipziger Credit	8 1/2	175,70 G.	Gr. Berl. Cham...	37,50 G.
Magdeb. Priv.-Bk	5	110,10 G.	do. Portl.-Cem...	4 1/3 90,00 bz
Maklerbank	5	106,10 G.	Oppeln. Cem.-F.	4 1/3 105,00 bz G.
Macklenb. Hyp.u.			do. (Giesel)	2 91,25 bz
Wechs.	8	135,80 bz	Gr.Berl.Pferdeb.	12 1/2 231,75 G.
			Hamb. Pferdeb.	12 97,75 G.

2,50 G	meiningen Hyp.-	6	109,00 bz B.	Potsd. ov. P.ferd.	5	91,25 bz G.
	Bank 70p Ct.	4 1/2	96,50 bz	Posen. Sprit-F.	5	94,50 bz
	Mitteld. Crdt.-Bk.	5 1/2	109,50 bz	Rositzer Zucker	3	70,00 bz G.
	Nationalbk. f. d.	1	96,50 bz G.	Schles. Cement.	7 1/2	138,25 B.
likafate.	Nordd. Grd.-Crd.	1		Stett. Reed. Com.	2	92,25 G.

113,50 bz G.	Oester. Credit-A.	9/16	219,80 bz	Stett. Arb. Gen.	2	82,75 G.
107,90 B.	Petersb. Disc.-Bk	6		do. Chamott.	15	195,50 G.
99,50 G.	do. ntern. Bk.	10		Bgw. u. H.-Ges.		
99,50 G.	Pomm. Vorz.-Akt	6	113,40 G.	Aplerbecker	7	120,00 B.
	Posen. Prov.-Bk.	4 1/2	105,30 G.	Berzelius	10	118,00 bz
				Bismarckbrüta ..	8	150,40 bz

95,00 G.	Fr. Bodener-Bk.	7 1/2	126,60 G.	Bohrh. Rialto	3 1/2	106,10 bz.
111,00 G.	do. Cnt-Bd60pCt	9 1/4	158,00 bzB.	Ban. Gusst.-F.	—	125,00 bzB.
102,60 bzG.	do. Hyp.-Akt.-Bk.	6 1/2	123,00 bzG.	Donnersmarck.	—	92,00 bzG.
	do. Hyp.-V. A. G.			Dortm. St.-Pr. A.	—	28,50 bzG.
100,40 bz	25 pCt.	6	104,75 bzG.	Gelsenkirchen	9	151,40 bz.
				Hibernia	51	122,75 bz.

102,50 bz	do. Immob.-Bank	18	226,50 G.	Hörs. St.-Pr.-A...	0	22,75 G.
94,75 bz	do. Leihhaus	6	94,75 B.	inowrac. Salz...	1	42,76 bzG.
	Reichsbank	7	152,00 bzG.	König v. Laura...	3	114,75 bz
127,30 bz	Russische Bank	5 ¹⁵	88,60 bzG.	Lauchman. cv...	4 ¹ / ₂	94,50 bz
				Louis. Tief. St. R.		104,25 bz

101,00 G.	Schles. Bankver.	5 1/2	111,20 bz	Obersch. Bed.	1 1/2	109,20 bz G.
114,00 G.	Warsch. Comerz	5		do. Eisen-Ind.	4 1/2	59,10 bz G.
107,25 G.	do. Disconto	7 1/8		Redenh. St-Pr.	0	100,00 bz G.
145,90 G.				Riebeck. Mont.	11	163,50 bz G.
	Industrie-Papiere.			Schles. Kohln.	11	23,80 bz G.

11,75 G.	Allg. Elekt.-Ges.	8 1/2	138,60 bzG.	do. Zinkhütte.....	15	178,75 bzG.
100,90 bz	Anglo. Ct. Guano	14 1/2	151,80 bzG.	do. do. St.-Pr.....	15	178,75 bzG.
	(Berl. - Charl.	7 1/2		Stob. Zink-H.....	4	34,50 bzB.
95,70 G.	City St.-Pr.....	0		do. St.-Pr.....	6	102,50 bzG.
100,00 G.	Uges. d. Rauh	3	76,25 G.	Tarnowitz, pr.....	1	54,50 bzG.

95,50 bzG.	Ba	Hann.-St.P...	3 1/4	67,50 bzG.	do.	do. St.-Pr.	—	21,00 bzG.
------------	----	---------------	-------	------------	-----	-------------	---	------------

u. 30ten.